



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 23. Mai 2018

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

| | |
|---|---|
| Bundeshaushalt: So investiert der Bund in den kommenden Jahren | 1 |
| Nahles: Ein starker und sozialer Investitionshaushalt | 3 |
| Innenpolitik: Kein Familiennachzug für Gefährder | 5 |
| Rede beim SPD Wirtschaftsforum zum Klimaschutz im Verkehrssektor | 5 |
| Bundesverkehrsministerium darf Druck aus der Schweiz nicht nachgeben..... | 5 |
| Teilhaberberatung im Breisgau und Hochschwarzwald gefördert mit 690.000 Euro..... | 6 |
| Schülerinnen und Schüler der Realschule Tiengen und der Gemeinschaftsschule Klettgau im Deutschen Bundestag | 6 |
| Gemeinde Gundelfingen erhält Klimaschutz-Auszeichnung aus Berlin | 7 |
| Einzigartige Möglichkeit für ein Jahr in die USA zu gehen | 7 |
| Über 100 Millionen Euro für Maßnahmen zu Städtebauförderung vom Bund | 7 |

Neues aus Berlin

Bundeshaushalt: So investiert der Bund in den kommenden Jahren

| In der letzten Woche haben die Abgeordneten des Bundestages zum ersten Mal über den Haushalt 2018 und den Finanzplan für die kommenden vier Jahre debattiert. Der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD hat dafür einen Entwurf vorgelegt. Über diesen Entwurf wird in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss des Bundestages weiter beraten. Anfang Juli wird der Haushalt dann vom Bundestag beschlossen.

Der Bundeshaushalt 2018 ist solide finanziert, sozial gerecht und zukunftsorientiert. Olaf Scholz hat mit seinem ersten Haushaltsentwurf bewiesen, dass die Haushalts- und Finanzpolitik in den nächsten Jahren in guten Händen liegt.

Die Koalition investiert in die Zukunft, entlastet die Bürgerinnen und Bürger und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Und das alles geht ohne neue Schulden.

Im Koalitionsvertrag hatten die Koalitionsparteien SPD, CDU und CSU festgelegt, für welche Vorhaben sie welche Mittel einsetzen wollen. Wichtigste Einigung dabei: Familien werden stärker unterstützt, die soziale Sicherheit gestärkt und mehr in Bildung investiert.

Im Vergleich zu Plänen des vorherigen Finanzministers wird die neue Koalition erheblich mehr Geld für Investitionen bereitstellen. Insgesamt will die neue Regierung aus SPD und Union von 2018 bis 2022 ganze 180 Milliarden Euro investieren. So hoch waren die Investitionen niemals zuvor. Auch in jedem einzelnen dieser Jahre ist die Investitionssumme höher als ursprünglich geplant.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung steigen zwischen 2019 und 2022 von rund 80,2 Milliarden auf 94,8 Milliarden Euro. So sind etwa für weitere Verbesserungen beim Bafög und in der Fortbildungsförderung bis 2021 rund 1,35 Milliarden Euro vorgesehen. Damit wird die Förderung auch bei der beruflichen Bildung, zum Beispiel bei der Meister-Ausbildung, gestärkt.

Mehr Geld für Familien, Wohnen und Soziales

Für Familien wird es sogar 12 Milliarden Euro zusätzlich geben. Dazu gehören zum Beispiel ein höheres Kindergeld und ein höherer Kinderzuschlag, eine bessere Qualität von Kitas und mehr kostenfreie Kitaplätze. Zudem wird es einen so genannten sozialen Arbeitsmarkt geben. Das ist eine Maßnahme für Langzeitarbeitslose, durch die sie endlich wieder gute Perspektiven erhalten.

Auch in der Rentenpolitik wird sich vieles verbessern: Die Koalition sorgt für ein stabiles Rentenniveau und stabile Beiträge bis 2025. Außerdem wird die Erwerbsminderungsrente verbessert. Wer also etwa durch einen Unfall erwerbsunfähig wird, wird künftig besser gestellt.

4 Milliarden Euro stehen als außerordentliches Plus für bezahlbares Wohnen zur Verfügung. Allein 2 Milliarden davon fließen in den sozialen Wohnungsbau. Auf die Weise können sich auch Menschen mit geringem Einkommen gute, bezahlbare Wohnungen leisten. Und junge Familien, die bauen oder kaufen wollen, profitieren vom neuen Baukindergeld.

Damit Wohnen und Leben überall in Deutschland eine gleichwertige gute Qualität hat, fördert die Koalition das Zusammenleben und den Zusammenhalt. Zusätzliche 12 Milliarden Euro gibt es für Landwirtschaft, Verkehr und Kommunen. Dazu zählt der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Strukturwandel durch

den Kohleausstieg und die dauerhafte Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden.

Auch für die Bundeswehr gibt es noch mehr Investitionsmittel: 1 Milliarde extra für Verteidigung. Damit ist eine Trendwende bei der Bundeswehr festgesetzt: Sie bekommt von Jahr zu Jahr mehr Geld für Ausstattung und Material. Auch für die Entwicklungshilfe gibt es 1 Milliarde Euro extra.

Und schließlich wird es eine massive Entlastung für 90 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger geben: Denn von 2021 an fällt für alle, die weniger als 60.000 Euro zu versteuerndes Einkommen haben, der Solidaritätszuschlag vollständig weg.

Das macht in dieser Legislaturperiode rund 46 Milliarden Euro zusätzlich. Im Jahr 2022 kommen noch einmal knapp 18 Milliarden Euro zur Finanzierung all dieser Maßnahmen hinzu.

Mit ihrer Haushaltspolitik beweist die Koalition Verlässlichkeit: keine neue Schulden, dafür aber mehr Investitionen.

Scholz: Haushalt solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert

Der zweite Entwurf des Bundeshaushalts für 2018 und die Finanzplanung bis 2021 schaffen etwas, das bisher nicht möglich schien. Doch der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) erklärte in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts am Dienstag, wie es funktioniert: keine neuen Schulden machen, aber dennoch mehr investieren und die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Diese Trias beschrieb Scholz mit den Adjektiven „solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert“. Solide ist der Haushaltsentwurf, weil er auf neue Schulden verzichtet, weil er sachgerecht geplant und pragmatisch gestaltet ist. Das beinhaltet auch eine Vorsorge, falls die Einnahmen nicht mehr so gut sind wie momentan.

Sozial gerecht ist der Haushalt, weil er Menschen mit geringerem Einkommen entlastet, etwa beim Abbau des Solidaritätszuschlags oder den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und bei der Stabilisierung der Renten. Das stärkt außerdem den sozialen Zusammenhalt.

Zukunftsorientiert ist der Entwurf von Scholz, weil er zielgerichtet zusätzliche Investitionen vorsieht, zum Beispiel bei der digitalen Infrastruktur, Bildung, Forschung und besserer Ausstattung der Schulen.

Scholz rechnete vor, dass noch niemals zuvor soviel investiert worden sei, wie mit dieser Finanzplanung: bis 2022 rund 180 Milliarden Euro. Das sind 23 Prozent mehr als in der letzten Wahlperiode.

Scholz räumte auch mit der falschen Behauptung auf, die Investitionen würden in den nächsten drei Jahren sinken. Das Gegenteil ist der Fall. Schaut man sich die Pläne genau an, steigen die Investitionen von Jahr zu Jahr an. Das Missverständnis kommt daher, weil nicht alles, was von der Koalition geplant ist, schon exakt im Etat abgebildet und bezeichnet werden kann. Es handle sich also um eine rein technische Angelegenheit.

Mehr für Länder und Kommunen

Bis 2022 wird es keine neuen Schulden geben, dafür aber mehr Mittel für die Bundesländer und die Kommunen. Möglich wird das auch durch drei geplante Grundgesetzänderungen. Die Länder und Gemeinden können dann Geld des Bundes für den sozialen Wohnungsbau, den Schienennahverkehr und den Schulbau verwenden.

Scholz machte auch deutlich, dass die Koalition es nicht hinnehmen wird, dass der wachsende Wohlstand nicht bei allen Menschen ankommt. Deshalb setze die Bundesregierung mit ihrem Finanzplan für

die kommenden drei Jahre auf Maßnahmen, die dem demografischen Wandel ebenso Rechnung tragen wie der technologischen Revolution durch die Digitalisierung und den unsicheren Zeiten durch die Weltlage.

Das Schlagwort ist Sicherheit, so Scholz, und zwar: soziale Sicherheit, öffentliche Sicherheit und emotionale Sicherheit. Um diese Sicherheiten besser zu gewährleisten, stärke der Bund wie beschrieben künftig die Kommunen, damit alle Bürgerinnen und Bürger an der Daseinsvorsorge teilhaben können und es überall gleichwertige Lebensverhältnisse gibt.

Zudem werden das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht, die Mütterrente ausgeweitet, der Soli schrittweise abgebaut und die kalte Progression abgemildert. Scholz will mit gutem Beispiel vorangehen: Auf Bundesebene sollen mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes einen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommen.

Nahles: Ein starker und sozialer Investitionshaushalt

| Ein Etat, der es in sich hat: Investitionen auf Rekordniveau, keine neuen Schulden und mehr für den sozialen Zusammenhalt. Andrea Nahles erläuterte am Mittwoch, weshalb der Haushaltsentwurf von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) nicht nur eine klare sozialdemokratische Handschrift aufweist, sondern auch insgesamt „sehr gut“ ist.

Anhand von gezielten Problembeschreibungen schlug Nahles in ihrer Rede bei der Generalausprache im Bundestag einen Bogen von den zielgerichteten sozialen Investitionen, die kommen werden, über die vernünftige Mittelverteilung hin zu Zukunftsfragen, die ebenfalls im Haushalt berücksichtigt werden.

Nahles: „Dieser Haushalt ist ein starker Investitionshaushalt. Wir schaffen Chancen und Perspektiven für junge Menschen. Wir werden mit diesem Haushalt das Leben von Millionen Menschen erleichtern und besser machen!“

Wie das gelingt? Laut Nahles steigen die Ausgaben für Investitionen 2018 auf 37 Milliarden Euro. Das sind fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr und sogar 23 Prozent mehr Investitionen bezogen auf die Legislaturperioden.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung liegen in dieser Legislaturperiode fast 15 Milliarden Euro über denen der letzten. Damit wird nicht nur das BAföG verbessert, sondern auch die Kita-Qualität und die Betreuung in Ganztagschulen.

Mehr soziale Sicherheit

Die Koalition will, so beschrieb es die SPD-Fraktionschefin, in die soziale Sicherheit und soziale Dienstleistungen investieren: Im Umfang von mehr als 100 Milliarden Euro werden die sozialen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger ausgebaut. Nahles stellte klar: „Auch das sind Investitionen – Sozialinvestitionen. Sie stabilisieren Familien, zum Beispiel indem wir das Kindergeld um 25 Euro pro Kind anheben.“

Sie führte aus, dass auch das Rentenniveau gesichert und die Erwerbsminderungsrente verbessert wird. Worum es Nahles geht, ist die Tatsache, dass Investieren nicht nur bedeutet, Geld für Straßen und Schienen auszugeben – was auch sinnvoll ist und auch geschieht. Es geht darum, dass auch in Menschen investiert wird, sodass das Zusammenleben gestärkt wird und die Menschen mehr Gerechtigkeit und Sicherheit spüren.

Auch Sicherheit im klassischen Sinne wird weiter gestärkt. Nahles nannte dazu den vereinbarten Pakt für den Rechtsstaat. Dazu gehört, mehrere tausend Stellen bei Gerichten, Sicherheitsbehörden und der

Polizei zu schaffen. „Polizistinnen und Polizisten sichern den inneren Frieden und den Rechtsstaat“, erklärte Nahles.

Druck auf den Koalitionspartner

Übrigens wird nun auch endlich – auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion – die so genannte Musterfeststellungsklage eingeführt werden, auch genannt „Eine-für-alle“-Klage. Dann können auch einzelne Bürgerinnen und Bürger mithilfe von Verbänden besser den Kampf gegen multinationale Großkonzerne aufnehmen. Die Menschen könnten ihr Recht dann auch richtig wahrnehmen, so beschrieb es Andrea Nahles.

Welche Überzeugungsarbeit die Sozialdemokraten beim Koalitionspartner CDU/CSU auch in Sachen Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit leisten müssen, machte Nahles vor dem Parlament energisch deutlich. Die Union sträubt sich plötzlich gegen das Gesetz. Doch dazu sei im Koalitionsvertrag alles geregelt, betonte Nahles. Die so genannte Brückenteilzeit helfe insbesondere Frauen, aus der Teilzeitfalle zu entfliehen, und müsse nun wie vereinbart kommen: „Wir haben da keinen Redebedarf mehr, nur noch Umsetzungsbedarf. Wer wieder anfängt, die Vereinbarungen in Frage zu stellen, schadet unserem Land.“

Konsequent blieb Nahles auch gegenüber Forderungen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch weiter zu senken, als ohnehin vereinbart. Die SPD-Fraktion werde „keiner zusätzlichen Beitragssatzsenkung zustimmen, ohne dass nicht vorher bessere Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmer vereinbart worden sind.“

Überschüsse für die Kinder einsetzen

Ja, es gebe zusätzlichen Spielraum, sagte Nahles. Den gelte es klug einzusetzen. Sie unterstützte den Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz, einen Teil der Haushaltsüberschüsse in einen Digitalfonds zu investieren, also für den Breitbandausbau

und den Digitalpakt Schule. Nahles begründete: „Wir schaffen den Digitalfonds, damit unsere Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern mit modernen Arbeitsmitteln lernen können.“

Keinen Anlass sah die Fraktionschefin dagegen, die geringen zusätzlichen Spielräume auch noch in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Denn: Die Verteidigungsausgaben wachsen im Vergleich zur letzten Legislaturperiode weiter auf jetzt bereits 38 Milliarden Euro an. In den letzten zwei Jahren hat es das CDU-geführte Verteidigungsministerium nicht geschafft, das Geld überhaupt auszugeben.

Ja, sagte Nahles, die Zustände bei der Bundeswehr seien „teilweise nicht gut. Aber jeder in der Bundeswehr sagt ihnen auch: Das Management der Bundeswehr muss verbessert werden, dann kann das Geld effektiv, effizient und zielführend eingesetzt werden.“

Atomabkommen erhalten

Nahles ging auch auf die internationale Lage ein. Die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA und die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem seien „schwere Fehler und haben weitreichende Konsequenzen“.

Und die Ereignisse in Palästina seien „furchtbar“. Nahles: „Wir wollen weiterhin alles dafür tun, damit das Leben der jungen Israelis, der jungen Palästinenser nicht weiter in einem Strudel der Gewalt sinnlos geopfert wird.“ Das Existenzrecht und das Selbstverteidigungsrecht Israels sind dabei für sie völlig unstrittig, der Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstranten hingegen nicht – das sei nicht verhältnismäßig.

Nun gehe es um Deeskalation, und zwar mithilfe des UN-Sicherheitsrates. Sie appellierte auch an die USA, zur Entspannung beizutragen. Das Atomabkommen will Nahles erhalten.

Dazu sei ein starkes Europa vonnöten, wozu Deutschland mit mehr Finanzmitteln auch beitragen werde – wie im Koalitionsvertrag festgelegt. „Die Europäische Integration ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Sicherheit in Europa.“

Die SPD-Fraktion wolle die großen Herausforderungen der Zukunft solidarisch meistern. „Diesem Ziel kommen wir mit dem vorliegenden Haushalt einen großen Schritt näher.“

Innenpolitik: Kein Familiennachzug für Gefährder

| Eva Högl und Burkhard Lischka stellen zum Familiennachzug für Gefährder und dem laufenden parlamentarischen Verfahren klar: „Mit der SPD-Bundestagsfraktion wird es keinen Familiennachzug für Gefährder geben. Wir wollen verhindern, dass sich durch den Nachzug von Familienangehörigen beispielsweise zu zurückgekehrten Jihadreisenden und Terror sympathisanten eine verfassungsfeindliche Grundhaltung in Familienverbänden verfestigt. Daher lehnen wir auch jedwede Ausnahme beim Familiennachzug für Gefährder ab. Wir werden im parlamentarischen Verfahren fordern, dass die im Gesetzentwurf von Horst Seehofer bestehende Ausnahmeregelung gestrichen wird.“

Rede beim SPD Wirtschaftsforum zum Klimaschutz im Verkehrssektor

| Unter dem Motto „Klimapfade im Verkehrssektor“ fand in der letzten Woche eine Veranstaltung des SPD Wirtschaftsforums statt. In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass wir beim Klimaschutz im Verkehrssektor immer noch großen Nachholbedarf sehen. Andere



Rede der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter beim SPD Wirtschaftsforum © SPD Wirtschaftsforum

Sektoren sind da weiter. Die ausführliche Berichterstattung zu der Veranstaltung vom 17. Mai 2018 finden Sie auf der Internetseite des SPD-Wirtschaftsforums unter folgendem Link:

<https://www.spd-wirtschaftsforum.de/veranstaltung/klimapfade-im-verkehrssektor/>

Aus unserer Region

Bundesverkehrsministerium darf Druck aus der Schweiz nicht nachgeben

| Die Schweizer Flugaufsichtsbehörden haben am Donnerstag ein neues Betriebsreglement am Flughafen Zürich genehmigt. Nach Aussagen des Landesverkehrsministeriums in Stuttgart sei durch diese auf Schweizer Gebiet geltende Teilgenehmigung eine erhöhte Belastung der Bevölkerung in Südbaden zu erwarten. Die Schweiz stellt uns damit mal wieder vor vollendete Tatsachen. Wer so mit seinen Nachbarn umgeht, vergiftet das Gesprächsklima.

Das Kernstück des 2014 beantragten Betriebsreglements liegt dem deutschen Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung weiter zur Genehmigung vor und kann

nur durch eine Unterschrift von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in Kraft gesetzt werden. Erst schafft sich der Flughafen Zürich mit seinem rasanten Wachstumskurs ein Sicherheitsproblem. Und dann soll mit der Trumpfkarte Sicherheit der Lärm über den Köpfen der deutschen Nachbarn abgeladen werden. Ich setze darauf, dass das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium weiterhin zu seiner Zusage steht, die südbadische Bevölkerung dauerhaft vor diesem durchschaubaren Spiel zu schützen.

Teilhaberberatung im Breisgau und Hochschwarzwald gefördert mit 690.000 Euro

| Es freut mich sehr, dass das Hofgut Himmelreich den Zuschlag für die Einrichtung einer Fachstelle für die Teilhaberberatung bekommen hat. Das SPD-geführte Arbeitsministerium wird die Beratungsstelle in den nächsten drei Jahren mit rund 690.000 Euro fördern. Menschen, die behindert oder von Behinderung bedroht sind, können sich dort künftig kostenlos zu allen Fragen der Teilhaber und Rehabilitation – insbesondere im Vorfeld einer Antragsstellung, beraten lassen. Zum Beispiel zu Fragen des selbstbestimmten Lebens und Wohnens, zu Fragen der Teilhaber am Arbeitsleben oder zur Versorgung mit Hilfsmitteln.

Besonderes Augenmerk der Förderung liegt auf dem Ausbau der Beratungsmethode des sogenannten Peer-Counselings, der Beratung von Betroffenen durch Betroffene. Damit Menschen mit Behinderung alle notwendigen Förderangebote in Anspruch nehmen können, benötigen sie eine qualifizierte Beratung. Gerade für Betroffene aus dem ländlichen Raum ist es wichtig, eine Anlaufstelle zu haben, die unabhängig und aus einer Hand über das gesamte Leistungsspektrum berät. Insbesondere für stark mobilitätsbeeinträchtigte Menschen ist es erforderlich, die Beratung

auch am Wohnort oder sogar im eigenen Zuhause durchführen zu können.

Die Beratungsstellen für ergänzende unabhängige Teilhaberberatung werden bundesweit seit Beginn dieses Jahres aufgebaut. Grundlage ist das Bundesteilhabegesetz (BTHG). Die Beratungsstellen werden bis 2022 durch das SPD-geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit jährlich 58 Millionen Euro gefördert.

Schülerinnen und Schüler der Realschule Tiengen und der Gemeinschaftsschule Klettgau im Deutschen Bundestag

| Gleich drei Klassen der Realschule Tiengen als auch eine Klasse der Gemeinschaftsschule Klettgau haben mich in den letzten Wochen im Deutschen Bundestag besucht. Entsprechend viele Fragen gab es dann auch in den Diskussionen. Wir haben unter anderem über das Thema Populismus und die damit verbundenen Herausforderungen in unserer Demokratie gesprochen. Man merkt, dass solche Fragen die Schülerinnen und Schüler umtreiben und sie Antworten wollen. Natürlich habe ich auch darüber erzählt, wie mein Arbeitsalltag als Politikerin aussieht. Durchweg tolle und anregende Diskussionen.

Neben dem Thema Populismus ging es in den einstündigen Diskussionen im Reichstagsgebäude auch um die aktuelle Außenpolitik sowie die Legalisierung von Cannabis.

Gemeinde Gundelfingen erhält Klimaschutz-Auszeichnung aus Berlin

| Die Gemeinde Gundelfingen hat ein Klimaschutz-Zertifikat des Bundesumweltministeriums erhalten. Verdient hat sich die Gemeinde die Auszeichnung des Umweltministeriums mit der Umstellung der Innenbeleuchtungstechnik in der KITA Seestern auf LED. Das Vorhaben wurde mit rund 10.000 Euro durch die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert.

Klimaschutz ist eine Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Ganz klar sind dabei Kommunen zentrale Akteure. Auch kleinere Gemeinden wie Gundelfingen haben viele Einsparpotenziale. In diesem Fall können Bürgerinnen und Bürger sicher sein, dass in den nächsten 20 Jahren rund 70 Tonnen CO₂ eingespart werden. Damit sinkt übrigens auch die Stromrechnung um mehr als 70 Prozent. Das ist ein Gewinn für alle.

Einzigartige Möglichkeit für ein Jahr in die USA zu gehen

| Das Parlamentarische Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestag wird auch 2019/2020 wieder Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden und jungen Berufstätigen die einzigartige Möglichkeit bieten, für ein Austauschjahr in die USA zu gehen. Ab sofort können sich Interessierte für das 36. PPP bewerben. Ich möchte sowohl die vielen Schülerinnen und Schüler als auch junge Berufstätige und Auszubildende aus unserer Region dazu ermuntern und aufrufen, sich diese tolle Chance nicht entgehen zu lassen und sich für das Programm 2019/2020 zu bewerben.

Beim 36. Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) 2019/2020 haben sowohl Schülerinnen und Schüler als

auch junge Berufstätige wieder die Chance, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben und amerikanisches Familien-, College- und Arbeitsleben aus erster Hand kennen zu lernen. Ich übernehme während des Jahres die Patenschaft für eine/n Jugendliche/n. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.

Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Ausreise (Stichtag: 31. Juli des Ausreisejahres) mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind sowie junge Berufstätige und Auszubildende, die zum Zeitpunkt der Ausreise (Stichtag: 31. Juli des Ausreisejahres) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und höchstens 24 Jahre alt sind.

Die Bewerbungsfrist für das 36. PPP 2019/2020 dauert von 2. Mai bis 14. September 2018!

Unter www.bundestag.de/ppp stehen alle Informationen sowie das online Formular für die Bewerbungen zur Verfügung.

Über 100 Millionen Euro für Maßnahmen zu Städtebauförderung vom Bund

| Mit über 100 Millionen Euro beteiligt sich der Bund an insgesamt 370 städtebaulichen Maßnahmen in Baden-Württemberg. Insgesamt werden die Projekte mit fast 245 Millionen Euro gefördert. Von der Städtebauförderung profitieren unter anderem auch die Gemeinden des Landkreises Waldshut, nämlich Küssaberg, Murg, Rickenbach und Waldshut-Tiengen sowie die Gemeinden Kirchzarten, Löffingen, Stegen und Titisee-Neustadt im Landkreis Breisgau Hochschwarzwald. Der Bund leistet mit über 100 Millionen Euro einen wichtigen Beitrag sowohl für neue städtebauliche Maßnahmen als auch für die Finanzierung laufender Projekte. Wir möchten damit sicherstellen, dass die Projekte

vorangebracht werden und die Gemeinden Planungssicherheit für ihre Vorhaben bekommen. Und noch viel mehr: Mit jedem Euro aus der Städtebauförderung werden weitere Investitionen angestoßen, ob privat oder öffentlich. Das hat positive Auswirkungen auf die gesamte lokale Wirtschaft.

Die Maßnahmen im Überblick:

Küssaberg - 700.000 - Ortskern Kadelburg II - Finanzhilfeeerhöhung der laufenden Erneuerungsmaßnahme

Murg - 607.000 - Am Bürgerplatz - Städtebauliches Einzelvorhaben Neubau eines Kindergartens

Rickenbach - 200.000 - Schaffeld-Hirschgarten - Finanzhilfeeerhöhung der laufenden Erneuerungsmaßnahme

Waldshut-Tiengen - 1.350.000 - Innenstadt Waldshut - Städtebauliches Einzelvorhaben Sanierung Begegnungszentrum Kornhaus

Kirchzarten - 400.000 - Talvogtei - Finanzhilfeeerhöhung der laufenden Erneuerungsmaßnahme

Löffingen - 800.000 - Löffingen-Ost - Finanzhilfeeerhöhung der laufenden Erneuerungsmaßnahme

Stegen - 450.000 - Neue Ortsmitte - Finanzhilfeeerhöhung der laufenden Erneuerungsmaßnahme

Titisee-Neustadt - 660.000 - Neustadt III - Gutachstraße - Finanzhilfeeerhöhung der laufenden Erneuerungsmaßnahme

Hintergrund:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg hat den Städten und Gemeinden im Land insgesamt rund 244,9 Millionen Euro für 370 städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen im Jahr 2018 bewilligt. 101,25 Millionen Euro der Mittel kommen vom Bund. Gefördert werden 68 neue Sanierungsgebiete sowie 255 bereits laufende Gebiete, für die die Mittel aufgestockt werden. Enthalten sind auch 47 Einzelvorhaben, die im Rahmen des Bund-Länder-Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“ gefördert werden.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundes-tag.de

Home:
Facebook:
Twitter:
Instagram:

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundes-tag.de

www.schwarzueluehr-sutter.de
facebook.com/schwarzueluehrsutter
twitter.com/rischwasu
instagram.com/rischwasu/